

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstag, den 18.06.2019, um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ausschussmitglieder

Dietmar Busch	
Rolf Ebbinghaus	
Margot Grüterich	bis 18:27 Uhr (TOP 6)
Bernd-Eric Hoffmann	
Rosemarie Kötter	bis 20:27 Uhr (TOP 14)
Ralf-Udo Krapp	
Arnold Müller	
Elisabeth Pech-Büttner	
Annette Pizzato	ab 17:11 Uhr (TOP 2.2)
Udo Schäfer	
Dietmar Stark	
Klaus Steinmüller	
Gerd Uellenberg	
Peter Fritz Sebastian Ullmann	

von der Verwaltung

Sandra Hilverkus	
Burkhard Klein	
Jochen Knorz	bis 19:52 Uhr (TOP 10)
Frank Nipken	
Volker Uellenberg	bis 19:52 Uhr (TOP 10)

Schriftführerin

Larissa Schipper

Gäste

Andreas Schäfer	zu TOP 2.1
Kathi Hentzschel, RBN	zu TOP 2.2
Manfred Blumberg, NOVE e.V.	zu TOP 2.3

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Horst Enneper
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte

Beratende Mitglieder

Thomas Lorenz

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses am 21.05.2019 (öffentlicher Teil)
2. Bürgeranregungen/- beschwerden
 - 2.1. Nichtrauchererschutzgesetz NRW (Bürgeranregung/- beschwerde gem. § 24 GO NRW sowie § 6 Hauptsatzung der Stadt Radevormwald) AN/0306/2019
 - 2.2. Schotterflächen statt Garten (Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 20.05.2019) AN/0313/2019
 - 2.3. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen (Anregung der NABU Oberberg vom 20.05.2019) AN/0314/2019
3. Doppelhaushalt (Antrag der CDU-Fraktion vom 03.04.2019) AN/0302/2019
4. Ausschreibungsverfahren der Stelle des Ersten Beigeordneten (Antrag der AL-Fraktion vom 05.06.2019) AN/0315/2019
5. Änderung der Geschäftsordnung des Rates BV/0715/2019
6. Mitgliedschaft bei Kopart/ Erwerb eines Mitgliedsanteils BV/0717/2019
7. Bauliche Maßnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung Uelfestraße (Nr. 293) BV/0553/2018/2
8. Auflösung der Geschwister Scholl Schule IV/0630/2019
9. Zukunftsbelastung des städtischen Haushalts durch in der Diskussion befindliche Investitionsmaßnahmen IV/0632/2019
10. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf die Abfrage der Befangenheit zu einzelnen Tagesordnungspunkten erklärt sich kein Mitglied für befangen.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses am 21.05.2019 (öffentlicher Teil)

Herr Ullmann teilt mit, dass sein Abstimmungsverhalten zu TOP 2 nicht korrekt wiedergegeben wurde. Er wurde darum gebeten, seine Änderung schriftlich einzureichen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Erinnerung per E-Mail ist bis zum 01.07.2019 keine schriftliche Änderung von Herrn Ullmann eingegangen.

2. Bürgeranregungen/- beschwerden

2.1. Nichtraucherschutzgesetz NRW (Bürgeranregung/- AN/0306/2019 beschwerde gem. § 24 GO NRW sowie § 6 Hauptsatzung der Stadt Radevormwald)

Herr Andreas Schäfer teilt mit, dass im Bereich der Jugendräume am Bürgerhaus das Nichtraucherschutzgesetz nicht angewendet wird. Er vertritt die Meinung, dass dort keiner öffentlich rauchen darf. Ein Hinweis in Form von Verbotsschildern ist ebenfalls nicht sichtbar angebracht.

Der Bürgermeister lässt die Mitglieder des Ausschusses darüber abstimmen, ob Rückfragen an den Petenten gestellt werden dürfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: ja

Somit sind Fragen zulässig.

Herr Ebbinghaus erfragt, um welchen Bereich es sich genau handelt, weil dies auf der beiliegenden Karte nicht ersichtlich ist. Er möchte wissen, ob es sich nur um den Bereich unmittelbar vor den Jugendräumen handelt oder der Eingang des Mehrzweckraumes mit eingeschlossen ist.

Herr Andreas Schäfer teilt mit, dass er an das komplette Grundstück gedacht hat.

Herr Knorz teilt mit, dass der Bereich der Jugendräume gem. des Nichtraucherschutzgesetzes kontrolliert wird. Das Nichtraucherschutzgesetz findet ab den Jugendräumen abwärts Anwendung. Der Rest gehört nicht zum Bereich der Jugendräume.

Frau Pech-Büttner erfragt, wie dieses Thema am Lifeness und am Jugendzentrum Life gehandhabt wird.

Der Bürgermeister gibt an, dass dies überprüft wird.

Weitere Fragen gibt es nicht. Herr Mans fragt Herrn Schäfer, ob ihm die Ausführungen ausreichen, was dieser bejaht.

2.2. Schotterflächen statt Garten (Bürgeranregung gem. § 24 AN/0313/2019 GO NRW vom 20.05.2019)

Der Bürgermeister erteilt Frau Hentzschel das Wort. Sie trägt vor, dass manche Städte Schottervorgärten verbieten. Das gesetzliche Instrument hierfür findet sich im Baugesetzbuch. Sie gibt an, dass dem Bauherrn in der Baugenehmigung mitgeteilt werden sollte, was er anlegen darf.

Der Bürgermeister lässt die Mitglieder des Ausschusses darüber abstimmen, ob Rückfragen an den Petenten gestellt werden dürfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: ja

Somit sind Fragen zulässig.

Herr Hoffmann erfragt, ob die Bauherren in Baugenehmigungen schon auf dieses Thema hingewiesen werden.

Herr Klein teilt mit, dass jeder Baugenehmigung eine Broschüre zu diesem Thema beigelegt wird. Des Weiteren wird dieses Thema im Bauantragsverfahren geprüft. Gibt es später jedoch Änderungen, sind diese meistens nicht bekannt.

Herr Hoffmann regt an, dass in der Baugenehmigung hierzu ein Passus eingefügt werden sollte.

Herr Klein gibt an, dass das Bauaufsichtsamt dies zugesagt hat.

Herr Ebbinghaus erfragt, wie die Verwaltung solche Schotterflächen bewertet.

Herr V. Uellenberg gibt an, dass laut Rechtsprechung Schotterflächen versiegelte Flächen sind. Solche Flächen werden zur Regenwassergebühr veranlagt, wenn es ein Gefälle zur Straße gibt.

Herr Ullmann erfragt, ob Veränderungen nicht anzeigepflichtig sind.

Herr Klein merkt an, dass die Bauordnung eine Anzeigepflicht für Schotterflächen nicht vorsieht.

Frau Pech-Büttner gibt an, dass gem. § 8 des Landesbaugesetz Steine nichts in einem Vorgarten zu suchen haben. Da Gärten oft nach einer Kontrolle gemacht werden, sollte hier nachkontrolliert werden. Sie erfragt, ob Garagen anzeigepflichtig sind.

Herr Klein teilt mit, dass Garagen grundsätzlich genehmigungsfrei sind.

Frau Hentzschel erfragt, wie eine Kommune strengere Regeln einführen kann, als ein Gesetz vorgibt.

Herr Klein gibt an, dass dies nur über eine Gestaltungssatzung erfolgen kann. Dieses Thema sollte in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verschoben werden.

Der Bürgermeister begrüßt es, dieses Thema in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu verschieben.

Herr Ullmann erfragt den Sinn der Verschiebung in einen Ausschuss.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es weitere Informationen durch die Bauaufsicht geben kann.

Herr Busch merkt an, wie wichtig dieses Thema ist und begrüßt ebenfalls eine Verschiebung, damit die Bauaufsicht dies überprüfen und Stellung nehmen kann.

Es wird darüber abgestimmt, dieses Thema in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen (6 CDU, 4 SPD, 2 UWG, 1 GRÜNE, 1 AL, 1 FDP, 1 pro Deutschland, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (Ullmann)

Somit wird dieses Thema in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verschoben.

**2.3. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands
unterstützen (Anregung der NABU Oberberg vom
20.05.2019)**

AN/0314/2019

Herr Blumberg teilt mit, dass die Resolution an den Kreis und alle Kommunen gerichtet wurde. Er merkt an, dass das warme Wetter eine Katastrophe für die Natur ist. Des Weiteren gibt er an, dass man regenerative Wärmezufuhr benötigt und Anpflanzungen von Bäumen wichtig sind.

Der Bürgermeister lässt die Mitglieder des Ausschusses darüber abstimmen, ob Rückfragen an den Petenten gestellt werden dürfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: ja

Somit sind Fragen zulässig.

Herr Müller erfragt, welche weiteren Konsequenzen eine Resolution hat.

Herr Blumberg gibt an, dass man für Neubaugebiete Nahwärme sowie bei Altbauten Solaranlagen zur Pflicht machen könnte. Hierzu gibt es viele Möglichkeiten.

Des Weiteren erfragt Herr Müller, ob man den Städten und Landwirten empfehlen soll, welche Pflanzen gesät werden sollen.

Herr Blumberg teilt mit, dass Forstämter beraten werden. Es sollten hitzeresistente Pflanzen gesät werden.

Frau Pech-Büttner merkt an, dass man als Kommune mit gutem Beispiel voran gehen sollte und man durch die Einstellung eines Klimaschutzmanagers auf dem richtigen Weg ist.

Herr Ebbinghaus teilt mit, dass man sich in der Zielsetzung einig ist. Er betont, dass jede Gemeinde vor der Resolution analysiert werden müsste, um zu schauen, was die einzelne Gemeinde zu diesem Thema schon eingerichtet hat. Die Stadt Radevormwald ist mit dem Klimaschutzmanager etc. auf dem richtigen Weg und man muss hierfür nicht gleich den Klimanotstand ausrufen. Diese Vorlage ist ihm zu allgemein.

Frau Pizzato schließt sich den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus an und meint, dass diese „Symbolpolitik“ nicht unterstützt werden kann.

Herr Ullmann gibt an, dass man nicht behaupten kann, man hätte genug getan, da man die größte Flächenversiegelung mit Karthausen beschlossen hat.

Herr Hoffmann befürwortet, dieses Thema in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu verweisen.

Herr G. Uellenberg befürwortet ebenfalls eine Verschiebung dieses Themas in einen Ausschuss. Nur eine Resolution zu verabschieden wird keine Lösung herbeiführen.

Der Bürgermeister lässt über eine Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abstimmen. Dort soll dieses Thema konkretisiert vorgetragen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Somit wird dieses Thema in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verschoben.

3.	Doppelhaushalt (Antrag der CDU-Fraktion vom 03.04.2019)	AN/0302/2019
-----------	--	---------------------

Herr Busch erläutert den Antrag der als Anfrage gemeint war und teilt mit, dass aufgrund der Ausführungen der Verwaltung dieses Thema überdacht werden muss.

4.	Ausschreibungsverfahren der Stelle des Ersten Beigeordneten (Antrag der AL-Fraktion vom 05.06.2019)	AN/0315/2019
-----------	--	---------------------

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion und teilt mit, dass nach der Gemeindeordnung diese Stelle ausgeschrieben werden muss.

Herr Müller erfragt, ob es eine definitive Entscheidung des Stelleninhabers gibt.
Der Bürgermeister gibt an, dass dies im letzten Rat der Stadt mitgeteilt wurde.

Herr Busch merkt an, dass am 01.04.2020 die Stelle besetzt sein muss und der jetzige Stelleninhaber bis zum 30.09.2019 Zeit hat mitzuteilen, ob er für eine Wiederwahl bereit steht.

Frau Pech-Büttner erfragt die Fristen.

Frau Hilverkus teilt mit, dass die Wahl eines Beigeordneten frühestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Wahlzeit erfolgen darf.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Ausschreibungstext für die Stelle des 1. Beigeordneten zu entwerfen und in der Ratssitzung am 09.07.2019 beraten zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (1 FDP, 2 UWG, 1 GRÜNE, 1 AL, Ullmann)
 12 Nein-Stimmen (6 CDU, 4 SPD, 1 pro Deutschland, Bürgermeister)

5. Änderung der Geschäftsordnung des Rates**BV/0715/2019**

Frau Pech-Büttner erfragt zu § 15, ob die Änderung/Aktualisierung der Tagesordnung elektronisch und postalisch versandt wird.

Frau Hilverkus teilt mit, dass die aktualisierte Tagesordnung auch elektronisch versandt wird.

Herr Ebbinghaus merkt an, dass man bei den Niederschriften die Arbeitsbelastung absenken möchte, ein Ergebnisprotokoll jedoch nicht vorteilhaft ist. Bei einem Ergebnisprotokoll kann man das Abstimmungsverhalten der einzelnen nicht mehr erkennen.

Herr Hoffmann gibt an, dass man bei der Sitzungsplanung genügend Zeit zwischen Ausschüssen einplanen sollte, damit die Fraktionen über die Niederschriften sprechen können.

Herr Steinmüller teilt mit, dass Mitschnitte gemacht werden dürfen. Er erfragt, ob sich hierzu in Zukunft etwas verändern wird.

Der Bürgermeister teilt mit, dass weiterhin Mitschnitte gemacht werden.

Herr Ebbinghaus teilt folgende Änderungen mit:

§ 24 Abs. 2 -> Alte Formulierung belassen

§ 24 Abs. 5 -> Mitschnitte auch für Ausschüsse einführen

Herr Stark merkt an, dass der Entwurf im Ältestenrat erörtert wurde. Das Ziel sollte sein, die Arbeit des Rates attraktiver und effektiv zu gestalten. Bis zur nächsten Ratssitzung wird es weitere Änderungen zu diesem Thema geben.

Man spricht sich dafür aus, dieses Thema in den Rat der Stadt zu verweisen.

6. Mitgliedschaft bei Kopart/ Erwerb eines Mitgliedsanteils**BV/0717/2019**

Frau Hilverkus erläutert die Vorlage und teilt mit, dass die Individualleistungen bei Ausschreibungs- und Vergabeverfahren sowie der Einkaufskatalog interessant sind. Die Zentrale Vergabestelle (zvs+) wird für die Verwaltung nicht interessant sein. Des Weiteren gibt sie an, dass die Mitgliedschaft bei Kopart eine zusätzliche Hilfeleistung darstellt.

Herr Ullmann erfragt, welche langfristigen Verpflichtungen entstehen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Dienstleistungen im Bedarfsfall abgerufen werden können und keine Verpflichtungen entstehen.

Herr Busch möchte wissen, ob es bestimmte Stundensätze gibt.

Frau Hilverkus gibt an, dass die Individualleistungen angefragt werden müssen und hiervon das Angebot abhängt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Mitgliedsbeitritt der Stadt Radevormwald bei Kopart. Die Stadt Radevormwald entrichtet dafür einmalig 750,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Bauliche Maßnahmen zur Einhaltung der
Geschwindigkeitsbeschränkung Uelfestraße (Nr. 293)****BV/0553/2018/2**

Der Bürgermeister teilt mit, dass es zu diesem Thema erstmalig ein besonderes Problem gab, weil dies einen Konflikt zwischen zwei Ausschüssen ausgelöst hat.

Herr Knorz teilt mit, dass aufgrund einer Gesetzesänderung in der Uelfestraße am Kindergarten Tempo 30 auf einer Strecke von 300m während den Öffnungszeiten eingerichtet ist. Nach Prüfung wurde festgestellt, dass sich an die Geschwindigkeit nicht gehalten wird. Das Ergebnis war, dass eine bauliche Ausgestaltung das beste Mittel ist.

Frau Nahrgang erfragt, ob daran gedacht wurde, dass der Bürgerbus dort herfährt. Frau Bartholomäus erinnert, dass diese Straße oft vom Rettungswagen und Notarzt befahren wird.

Herr Knorz merkt an, dass es auch Aufpflasterungen gibt, die eine längere Auframpung besitzen um dieses Problem abzumildern.

Herr Ebbinghaus erfragt, was die Ispingrader Straße von der Uelfestraße unterscheidet. Des Weiteren möchte er wissen, was mit den Ausbuchtungen geschehen soll.

Herr Knorz teilt mit, dass die Ispingrader Straße eine Wohnstraße ist und es sich bei der Uelfestraße um eine Hauptverkehrsstraße handelt. Die vorhandenen „Verkehrskanzeln“ werden aufrechterhalten.

Frau Pech-Büttner erfragt, ob die angedachten Schraffierungen geprüft wurden. Herr Busch erfragt die Möglichkeit von 3D Markierungen wie in Italien.

Herr Knorz teilt mit, dass beide Möglichkeiten in Deutschland noch nicht zugelassen sind.

Herr Knorz macht einen Kompromissvorschlag. In der Uelfestraße werden Tempo-Displays installiert sowie ein Ausweichhalteverbot. Die Ergebnisse hierzu werden im Fachausschuss erläutert.

Herr Busch erfragt, ob die Tempo-Displays in beide Fahrtrichtungen installiert werden.

Herr Knorz bejaht dies.

Herr Müller erfragt, wo die Halteverbotszone eingerichtet wird.

Herr Knorz teilt mit, dass dies in Fahrtrichtung stadtauswärts erfolgt.

Beschlussentwurf:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Installation von Tempo-Displays auf der Uelfestraße sowie ein Ausweichhalteverbot. Die Ergebnisse werden im Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr erläutert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Auflösung der Geschwister Scholl Schule**IV/0630/2019**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

9. Zukunftsbelastung des städtischen Haushalts durch in der Diskussion befindliche Investitionsmaßnahmen IV/0632/2019

Herr Nipken teilt mit, dass die Finanzplanung einen ausgeglichenen Haushalt für 2022 vorsieht. Insgesamt werden 34,5 Mio. € Investitionen getätigt. Zieht man hiervon die Förderungen ab, verbleiben 25,8 Mio. € bei der Stadt. Dies bedeutet, dass man 1,1 Mio. € Mehreinnahmen benötigt. Ein Vorschlag der Verwaltung ist, dies über Steuern zu finanzieren. Da die Gewerbesteuer abhängig von der Konjunktur ist, bleibt hierfür nur die Grundsteuer. Diese müsste auf 631 % angehoben werden.

Herr Steinmüller teilt mit, dass ihm in der Auflistung die Wupperorte fehlen.

Herr Nipken erklärt, dass die InHK Wupperorte bis 2022 in der Haushalts- und Finanzplanung 2019 ff. enthalten sind und InHK II ebenfalls bis 2022 enthalten ist. Ausgenommen ist hier die Sanierung Bäder.

Herr Hoffmann merkt an, dass man bei der Regionale Einsparungen machen kann und in den Haushaltsberatungen nachgeschaut werden sollte, an welchen Stellen die Stadt sparen kann.

Herr Ebbinghaus befürchtet, dass dieses Modell keine 30 Jahre aufrechterhalten werden kann. Des Weiteren merkt er an, dass 40 % der Einnahmen an den Kreis abgeführt werden und erfragt, ob dies in der Rechnung berücksichtigt ist.

Herr Nipken teilt mit, dass nach 30 Jahren der Kredit getilgt ist und die Grundsteuer zu 100 % bei der Stadt verbleibt.

Frau Pizzato erfragt, ob es auch eine Übersicht mit höheren als den in der Vorlage ausgewiesenen Zinsen gibt und ob nach 2022 Derivate der Verwaltung den Haushalt belasten könnten.

Herr Nipken teilt mit, dass bei 3 % Zinsen und einer Laufzeit von 30 Jahren die Grundsteuer auf 651 % erhöht werden müsste. Die Verwaltung hat sich ein Angebot mit 2 % Zinsen eingeholt. Des Weiteren teilt er mit, dass es für Derivate Rückstellungen gibt.

Herr Busch und Herr Stark merken an, dass diese Berechnung beispielhaft ist und dies ein Anhaltspunkt ist, mit dem man weiterarbeiten kann.

Frau Pech-Büttner teilt mit, dass der Gesetzgeber die Grundsteuer B verändert und man nicht sagen kann, wie dies in Zukunft berechnet wird.

Herr Nipken gibt an, dass nur die Aufteilung für die Grundsteuerpflichtigen verändert wird.

Herr Ebbinghaus gibt an, dass man sich die Frage stellen muss, ob die Maßnahmen für die Bürger notwendig sind und man ihnen erhöhte Steuern zumuten kann.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich um Maßnahmen handelt die notwendig sind. Herr Nipken merkt an, dass der Hebesatz im Vergleich zu anderen Kommunen am unteren Ende ist.

Der Bürgermeister teilt mit, dass man über die Politik eine Priorisierung der Maßnahme vornehmen und ein vernünftiges Kosten-/Leistungsverhältnis aufbauen muss.

10. Mitteilungen und Fragen

Herr G. Uellenberg merkt an, dass man sich darauf geeinigt hat den Haushalt im September einzubringen. Es gibt immer noch keinen genehmigten Haushalt und er erfragt den Hintergrund hierzu.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Kommunalaufsicht darauf hingewiesen hat, dass aufgrund von zahlreichen Beschwerden die zur Prüfung vorliegen, noch keine Genehmigung erfolgen konnte. Man geht davon aus, dass dies in den nächsten Tagen geschehen wird.

Herr G. Uellenberg erfragt, wer Beschwerden an die Kommunalaufsicht geben kann.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dies jeder aus dem politischen Raum tun kann.

Herr Busch merkt an, dass an öffentlichen Flächen (Kreisverkehr, Pastorat) Unkrautwiesen wachsen und diese das Stadtbild nicht verschönern. Er merkt an, dass eine „Wildewiese“ vorteilhaft wäre. Des Weiteren gibt er an, dass dies ein Thema für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wäre, dieser aber erst im September tagt.

Der Bürgermeister nimmt diese Anregung auf.

Herr Ullmann teilt mit, dass es an der Kirchstraße ein Schlagloch gibt, bei dem die Zuständigkeit problematisch ist. Er gibt an, dass es hierzu schon eine Begehung des Ordnungsamtes und Straßen NRW gegeben haben soll.

Der Bürgermeister verweist dies an den Mängelmelder.

Herr Ebbinghaus merkt an, dass laut Schreiben des Städte- und Gemeindebundes Sportplätze, die mit Kunststoffgranulat belastet sind, ausgetauscht werden müssen. Hier sollte man Einfluss auf die Sanierung des Sportplatzes an der Wupper nehmen, damit es keine Fehlinvestition wird.

Herr Klein teilt mit, dass man sich um dieses Thema schon gekümmert hat.

Des Weiteren erfragt Herr Ebbinghaus, ob die Stadt Radevormwald für die Regionale schon den C-Status erhalten hat.

Herr Klein gibt an, dass es hierzu noch keine offizielle Mitteilung gibt. Er erklärt, dass der C-Status anzeigt, dass das Projekt förderfähig ist. Danach muss dieses Projekt weiter bearbeitet und verdichtet werden. Mit Besitz des A-Status wird konkret über eine Förderung gesprochen.

Frau Pech-Büttner teilt mit, dass die Tempodisplays in der Mühlenstraße nicht funktionieren und Herr Steinmüller merkt an, dass die Ampelphasen auf Bundesstraßen für die Fußgänger zu schnell schalten.

Herr Knorz nimmt die Anregungen auf.

Herr Müller gibt an, dass zum Schützenfest die Carl-Diem-Straße am Rathaus gesperrt war, obwohl Richtung Uelfestraße kein Betrieb war.

Herr Knorz teilt mit, dass es darauf ankommt, was der Veranstalter beantragt hat und es hierfür verschiedene Abstimmungen mit der OVAG etc. gibt, was eine kurzfristige Auflösung der Straßensperrung unmöglich macht.

Ende des öffentlichen Teils: 19:52 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Larissa Schipper
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlagen: Präsentation „Erwerb/Umbau eines Gebäudes in ein Ärztehaus“ (TOP N5 vom
21.05.2019)
Präsentation „Bürgerzentrum Wupper“ (TOP N12)